



**BDA** | Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

**Hausadresse:**

Haus der Deutschen Wirtschaft  
Breite Straße 29, 10178 Berlin

**Briefadresse:**

11054 Berlin

**T** +49 30 2033-1953

**F** +49 30 2033-1955

[wrst.mail@arbeitgeber.de](mailto:wrst.mail@arbeitgeber.de)  
[www.wrst.de](http://www.wrst.de)

ISBN 978-3-938349-56-4

Vertrauen

Siegfried F. Franke

80

**SIEGFRIED F. FRANKE**

# VERTRAUEN

UNVERZICHTBAR IN DEMOKRATIE,  
MARKTWIRTSCHAFT UND FINANZWELT

**SIEGFRIED F. FRANKE**

**VERTRAUEN**

**UNVERZICHTBAR IN DEMOKRATIE,  
MARKTWIRTSCHAFT UND FINANZWELT**

**KLEINE REIHE HEFT 80  
HERAUSGEGEBEN VON DER  
WALTER-RAYMOND-STIFTUNG DER BDA**

Die Kleine Reihe erscheint im Verlag der



### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

### **SIEGFRIED F. FRANKE**

#### **Vertrauen**

Unverzichtbar in Demokratie, Marktwirtschaft und Finanzwelt

Kleine Reihe Heft 80 / 1. Auflage 2010

Herausgeber: Walter-Raymond-Stiftung der BDA

Verlag: © **GDA** | Gesellschaft für Marketing und Service  
der Deutschen Arbeitgeber mbH  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
[www.gda-online.de](http://www.gda-online.de)

Alle Rechte bei der Walter-Raymond-Stiftung

Gestaltung: **GDA** | Gesellschaft für Marketing und Service  
der Deutschen Arbeitgeber mbH

Printed in Germany

ISBN 978-3-938349-56-4

## **INHALT**

Vorbemerkung .....	5
Marktwirtschaft und Demokratie hängen zusammen .....	6
Vertrauen ist die Basis freier Gesellschaften.....	9
Formelle und informelle Institutionen.....	10
Vertrauen als informelle Institution .....	22
Vertrauen reduziert Komplexität im Wirtschaftsleben .....	28
Die Rechtsordnung stärkt das Vertrauen.....	31
Autonome Institutionen schützen Demokratie und Markt.....	34
Legitimation autonomer Institutionen.....	44
Vertrauen schaffende Verbesserungsvorschläge .....	51
Rolle der Finanzmärkte .....	54
Vertrauen sichernde Institutionen für den Finanzsektor .....	57
Missbrauchtes und verlorenes Vertrauen .....	61
Ohne Vertrauen geht es nicht.....	68
Literatur .....	72
Der Autor .....	82

Die Walter-Raymond-Stiftung.....84

Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung ..... 85

## VORBEMERKUNG

Die folgenden Ausführungen zur Bedeutung und zur Funktion des **Vertrauens** für freiheitliche Gesellschaften gründen auf meinem Beitrag mit dem Titel „**Vertrauen – eine konstitutive Grundlage für Demokratie und Marktwirtschaft**“, der als Arbeitspapier Nr. 57 in der Schriftenreihe der Schwerpunkte Finanzwissenschaft, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Wirtschaftsprüfung und Controlling an der Universität Trier (Fachbereich IV, hrsg. von D. Dickertmann, M. Lehmann und D. Rückle) im Mai 2007 publiziert wurde. Diese Schriftenreihe wird seit dem Jahr 2008 als „Trierer Beiträge zur Betriebs- und Volkswirtschaftslehre“ fortgeführt.

Die hier vorgelegte Fassung habe ich überarbeitet und aktualisiert. Vor dem Hintergrund der seit Herbst 2008 virulenten Finanzkrise mit ihren weit reichenden Folgen für die gesamte Wirtschaft habe ich die Ausführungen um ein Kapitel erweitert, das die Bedeutung des Vertrauens für die Kapitalmärkte hervorhebt.

Siegfried F. Franke

Februar 2010 | Stuttgart

## MARKTWIRTSCHAFT UND DEMOKRATIE HÄNGEN ZUSAMMEN

Besonderheiten der westeuropäischen Geschichte haben seit der Aufklärung zur Ausbildung einer freien oder kapitalistischen Wirtschaft geführt, die üblicherweise als **Marktwirtschaft** bezeichnet wird (Weede, 1989, 27). Zugleich fand der im Naturrecht und in der Aufklärung wurzelnde Gedanke individueller Menschenrechte – z. T. über den Umweg Nordamerikas – in Westeuropa nach und nach eine feste Verankerung (Tocqueville, 1967, 1 ff.; Weede, 1989). Nicht zuletzt wollte das steuerzahlende Bürgertum über die Erhebung und Verwendung der Steuern mitentscheiden, was zur Bildung von Parteien und der Ausformung von Parlamenten führte. Hand in Hand mit der Entwicklung zur Marktwirtschaft bildete sich so die Staats- und Regierungsform der **freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie** heraus (Franke, 1998a, 89).

Die Marktwirtschaft als Freie Marktwirtschaft und die Demokratie als freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie bilden somit die beiden zentralen Säulen einer freien Gesellschaft (Göbel, 2006).

Die Entwicklung zu Marktwirtschaft und Demokratie verursachte indessen schmerzhaftes Umbrüche: Feudale Herrschaftsstrukturen wurden – zuweilen mit revolutionärer Gewalt – aufgelöst; dabei gab es anarchistische Zwischenstufen. Menschen, die zuvor in gesicherten Strukturen bäuerlicher Großfamilien oder ständeorganisierten Handwerks lebten, fanden sich in kurzer Zeit in der arbeitsteiligen, anonymen Industriegesellschaft wieder. **Personales Vertrauen** in überschaubare Familien- bzw. Ständeverbände musste durch ein neu zu begründendes, systemisches **Vertrauen in anonyme Staats- und Marktinstitutionen** ersetzt werden.

Es ist eine der großen Leistungen, dass es den Eliten der Gesellschaft gelungen ist, politische und wirtschaftliche Institutionen zu kreieren, die ein solches anonymes Vertrauen ermöglichten. Politische Institutionen fundieren das Vertrauen in die innere (einschließlich der sozialen) und in die äußere Sicherheit, sie garantieren Regeltreue und den Verzicht auf staatliche Gewaltmittel gegenüber Andersdenkenden sowie die Preisgabe politischer Macht, falls konkurrierende parteipolitische Gruppierungen eigene Wählermehrheiten auf sich vereinigen können. Marktwirtschaftliche Institutionen hingegen garantieren freie wirtschaftliche Entscheidungen, steigenden Wohlstand und einen leistungsgerechten Anteil daran, ohne jedoch Bedarfsmerkmale völlig auszuklammern.

Bereits an dieser Stelle wird spürbar, dass Vertrauen **und** feste, also verlässliche staatliche Regeln wechselseitig miteinander verknüpft sind (vgl. auch Uslaner, 2002, 46). Die Erhaltung und Fortentwicklung freier Gesellschaften erfordern feste Regeln, die indessen durchdacht und im gesellschaftlichen Dialog auch angepasst werden müssen. Auf dieser Basis bildet sich das unerlässliche gesellschaftliche Vertrauen oder **Sozialkapital**, das – so Bundespräsident Horst Köhler – „gerade in Umbruchsituationen“ wichtig ist (zitiert nach Straubhaar, 2004, 342). „Erlernt“ in kleinen Gruppen (z. B. in Familien, Schulen, Betrieben) reift es zum Vertrauen in die staatlichen Institutionen und in die Marktwirtschaft. Dies erfüllt sich freilich nur dann, wenn die Institutionen und die aus ihnen folgende Teilhabe am politischen und wirtschaftlichen Leben als fair und ethisch begriffen werden. In diesem Zusammenhang weist Enste (2006, 13 f.) auf Adam Smith als den geistigen Wegbereiter der Implementation moralischer Normen in anonymen Großgesellschaften hin: Moralische Zielsetzungen lassen sich in solchen Gesellschaftsformen nur über das Eigeninteresse durchsetzen. Ein regelgeleiteter und sanktionsbewehrter Wettbewerb dient dazu, das Eigeninteresse und das Gesamtwohl zweckmäßig miteinander zu verknüpfen (Homann, 1997, 14 ff.). Markt-

wirtschaft ist im Kern also mit **Wettbewerbswirtschaft** gleichzusetzen; in diesem Sinne ist sie „**sozial**“, weil sie zugleich persönliche und gesellschaftliche Vorteile herzubringen vermag. Sie verdient darüber hinaus das Etikett „**ethisch**“, weil sie moralische Normen umsetzt, ohne den Einzelnen zu überfordern; sie kommt gewissermaßen mit einer Minimaethik aus (Franke, 2006, 25 ff.).

Die zuvor am Beispiel des Wirtschaftslebens umrissene Verknüpfung von Individualkalkül und Gesamtwohl ist auch auf den politischen Bereich zu übertragen. Im Rahmen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie gelingt es, das eigennützige Verhalten von Politikern und Verbandsführern auf Belange des Gemeinwohls zu fokussieren. Im Streben nach (Wieder-)Wahl sind diese nämlich gezwungen, attraktive Programme vorzulegen (Franke, 2000a, 25). Das Ganze muss sich freilich im Rahmen zweckmäßiger Verfassungsvorgaben abspielen, um zu verhindern, dass gegenwärtige Wohltaten nicht überwiegend den künftigen Generationen aufgebürdet werden.

## VERTRAUEN IST DIE BASIS FREIER GESELLSCHAFTEN

Freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratien sind (Franke, 1998b, 37, 183 ff., 190) zum einen durch vorherbestimmte Regeln definiert, die

- die Staatsorgane einer Selbstbindung unterwerfen,
- der Mehrheitsentscheidung minderheitsschützende Grenzen auferlegen und
- eine grundsätzliche Kontrolle aller Entscheidungen ermöglichen,
- so dass zugleich ein effektiver Grundrechtsschutz gewährleistet ist.

Zum anderen sind sie zentral dadurch gekennzeichnet, dass das wahlberechtigte Staatsvolk

- im Rahmen von allgemeinen Wahlen
- nach einem vorgegebenen Verfahren
- die Staatsgewalt an Repräsentanten
- für eine zeitlich begrenzte Periode vergibt.

Und sie sind zudem darauf ausgerichtet, dass der so prinzipiell mögliche Regierungswechsel zusätzliche Kontrollelemente impliziert.

Das holzschnittartig umrissene Regelwerk einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie spiegelt sich im Zusammenspiel von formellen und informellen Institutionen wider.